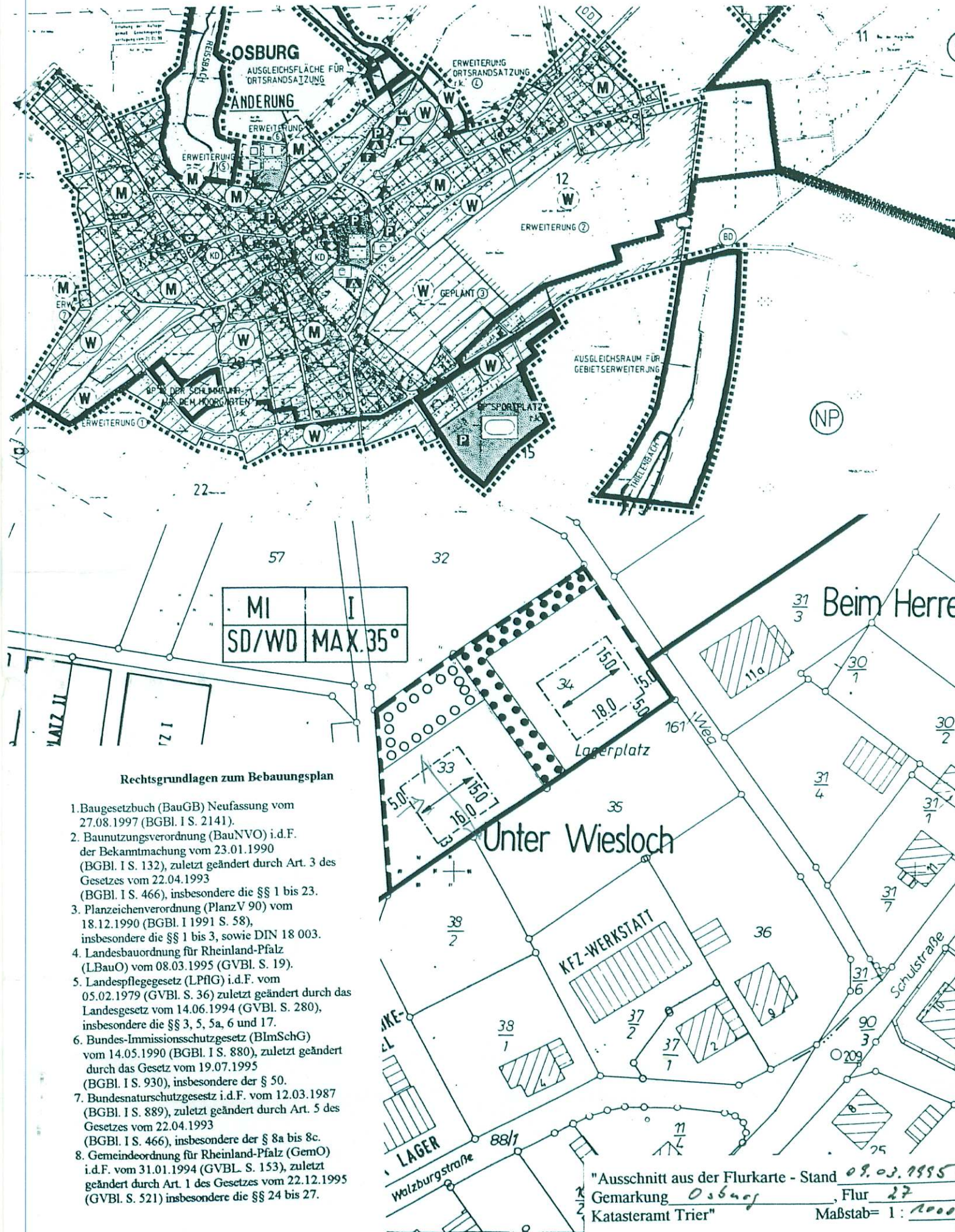


**Ergänzungssatzung der Ortsgemeinde Osburg
für den Bereich "Unter Wiesloch"
gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB**



Rechtsgrundlagen zum Bebauungsplan

1. Baugesetzbuch (BauGB) Neufassung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141).
2. Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466), insbesondere die §§ 1 bis 23.
3. Planzeichenverordnung (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58), insbesondere die §§ 1 bis 3, sowie DIN 18 003.
4. Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 08.03.1995 (GVBl. S. 19).
5. Landespflegegesetz (LPfG) i.d.F. vom 05.02.1979 (GVBl. S. 36) zuletzt geändert durch das Landesgesetz vom 14.06.1994 (GVBl. S. 280), insbesondere die §§ 3, 5, 5a, 6 und 17.
6. Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 14.05.1990 (BGBl. I S. 880), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19.07.1995 (BGBl. I S. 930), insbesondere der § 50.
7. Bundesnaturschutzgesetz i.d.F. vom 12.03.1987 (BGBl. I S. 889), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466), insbesondere der § 8a bis 8c.
8. Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) i.d.F. vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22.12.1995 (GVBl. S. 521) insbesondere die §§ 24 bis 27.

**Festsetzungen durch Planzeichen:
(§ 9 Abs. 1 BauGB)**

- Baugrenze
- Grenze der ^{Ergänzungssatzung} ~~Abrundungssatzung~~
- Grenze der rechtsverbindlichen Ortsrandsatzung
- I Zahl der Vollgeschosse
- SD/WD Satteldach/Walmdach
- MAX. 35° Dachneigung
- Firstrichtung
- o o o o o Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen
- o Anpflanzen von Hochstammobstbäumen
- • • • • Erhaltung von Bäumen und Sträuchern

**Gestalterische Festsetzung:
(gem § 9 BauGB i. V. m. § 86 LBauO)**

Es soll soweit wie möglich nur das Schmutzwasser in die Kanalisation eingeleitet werden. Das Niederschlagswasser von Dächern und anderen befestigten Flächen soll über die belebte Bodenzone großflächig dem natürlichen Wasserkreislauf zugeführt werden (sog. Versickerung).

**Grünordnerische Festsetzungen:
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)**

Zur Einbindung der baulichen Anlagen in die Landschaft ist das Flurstück Nr. 33 mit regionaltypischen Obstbäumen (Hochstamm) entsprechend Anlage 1 zu dieser Satzung zu bepflanzen. Es dürfen nur die in dieser Anlage genannten Arten verwendet werden. Die Pflanzung ist innerhalb eines Jahres nach Baubeginn vorzunehmen und in den Folgejahren ordnungsgemäß zu unterhalten; Ausfälle sind umgehend in entsprechender Qualität zu ersetzen. Die auf dem Flurstück Nr. 34 vorhandene Bepflanzung mit Sträuchern und Bäumen ist zu erhalten.

**Begründung
zur Ergänzungssatzung der Ortsgemeinde Osburg
für den Bereich "Unter Wiesloch"**

Die Flurstücke Gemarkung Osburg, Flur 27 Nr. 33 und 34 befinden sich im Geltungsbereich des

Flächennutzungsplanes. In der Ortsgemeinde sind zwar noch einige Baustellen bzw. Baulücken vorhanden, die jedoch nicht verfügbar sind.

Der Gemeinderat hat daher beschlossen, durch Erlass einer ~~Abrundungssatzung~~ ^{Ergänzungssatzung} die baurechtlichen Voraussetzungen für die vorgenannten Grundstücke zu schaffen, da auch die Erschließung gesichert inst.

Die geringfügige Abrundung der Ortslage ist mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung vereinbar.

Die Art der baulichen Nutzung richtet sich nach § 34 BauGB.

Der Gemeinderat Osburg
hat am 16.09.1998 die
Ergänzungssatzung gem. § 24 der
Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz
vom 14.12.1975 und gem. § 34 BauGB und
nachdem den betroffenen Bürgern und
berührten Trägern öffentlicher Belange
Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 34 (5)
gegeben wurde beschlossen.



Osburg, den 03.12.1998

Gemeindeverwaltung

Alber

AUSFERTIGUNG

Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieser
Ergänzungssatzung mit dem Willen
des Gemeinderates sowie die Einhaltung des
gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur
Aufstellung der
Ergänzungssatzung werden bekundet.



Osburg, den 03.12.1998

Gemeindeverwaltung

Alber

Die Ergänzungssatzung ist am
11.12.1998 gem. § 10 Abs. 3 BauGB
ortsüblich bekanntgemacht worden mit dem
Hinweis, daß die Ergänzungssatzung
während der Dienststunden bei der
Verbandsgemeindeverwaltung Ruwer,
Rheinstr. 44, 54292 Trier, von jedermann
eingesehen werden kann.

Mit dieser Bekanntmachung wurde die
Ergänzungssatzung

RECHTSVERBINDLICH



Osburg, den 11.12.1998

Gemeindeverwaltung

Alber